



# NOTFALL



# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
196 · Ausgabe BL·BS · September 2021



# Erste gemeinsame Spitalliste beider Basel

**DIE KANTONE BASELSTADT UND BASELSTADT HABEN EINE GEMEINSAME SPITALLISTE ERSTELLT, UM DIE ÜBERVERSORGUNG IM GESUNDHEITSWESEN DER REGION ZU REDUZIEREN. AUCH WENN NUN MEHRERE SPITÄLER BESCHWERDE AM BUNDESVERWALTUNGSGERICHT EINGEREICHT HABEN, BEWERTEN DIE SP BASELSTADT UND DIE SP BASELSTADT DIE LISTE ALS ERFOLGREICHES INSTRUMENT, DAS IN DIE RICHTIGE RICHTUNG ZIELT.**

Die Bevölkerung sowohl von Basel-Stadt als auch von Basel-Stadt hat dem gemeinsamen Staatsvertrag zur Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung im Februar 2019 zugestimmt. Die Steuerung erfolgt durch das Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion (GGR), welches die Strategie «ambulant vor stationär» unterstützt und die Anzahl der elektiven Eingriffe kontrolliert. Lucia Mikeler hat in diesem Zusammenhang im Januar 2019 eine Interpellation eingereicht und den Regierungsrat BL angefragt, ob und wieweit Gespräche oder Abklärungen mit dem Kanton Basel-Stadt zu einer gemeinsamen Liste stattgefunden haben. Die aufgeworfenen Fragen wurden wie folgt beantwortet: «Die mit dem Kanton Basel-Stadt gemeinsam durchgeführte Versorgungsplanung mündet in eine gleichlautende Spitalliste, die erstmals per 1. Januar 2021 in Kraft treten soll.»

Im Februar 2019 erfolgte ein Vorstoss von Sarah Wyss und Sebastian Kölliker im Grossen Rat BS mit vergleichbaren Anliegen.

### Wirkungsvolle Einschränkung der Leistungsaufträge

Ziel dieser gemeinsamen Liste ist es, eine medizinische Überversorgung zu vermeiden. Um einen Leistungsauftrag zu erhalten, müssen gewisse Kriterien wie z. B. Mindestfallzahlen für Operateurinnen und Operateure erfüllt werden. Zudem erweitern die beiden Kantone die Strategie «ambulant vor stationär». Konkret dürfen ab Einführung der gemeinsamen Spitalliste im Juli 2021 sechzehn Operationen – überwiegend im Bereich medizinischer Eingriffe im Bewegungsapparat – nur noch ambulant erfolgen.

Dass diese Liste kein Papiertiger ist, zeigt sich dadurch, dass die Leistungsaufträge an die 31 verschiedenen Spitäler von 466 auf 309



Lucia Mikeler  
Landrätin



Georg Mattmüller  
Grossrat

zurückgehen. Dies wird zu rund 33 Millionen Franken Einsparungen für die Kantone und Krankenkassen führen. Voraussetzung ist die Wahlfreiheit der Patient:innen, wo sie den Eingriff vornehmen lassen möchten. 95 Prozent der Leistungen werden deshalb auch weiterhin in vier oder mehr Spitälern angeboten. Nicht nur Privatspitäler, sondern auch das Unispital Basel (USB) und das Kantonsspital Baselland (KSBL) mussten Einbussen hinnehmen. Dennoch wurde von Seiten einiger Privatspitäler und des KSBL Beschwerde gegen die Liste ans Bundesverwaltungsgericht eingereicht.

### Die Reduktion bei den Privaten ist gerechtfertigt

Die Reduktion der Anteile der Privatspitäler am Gesundheitsangebot in der Region ist aber gerechtfertigt, müssen doch die öffentlichen Spitäler weiterhin die meist wenig lukrative medizinische Grund- und Notversorgung sicherstellen. Auch wenn man sich eine noch restriktivere Eindämmung von Fehlanreizen in der Gesundheitsversorgung wünschen würde, ist die Stossrichtung der aktiven Regulation des Leistungsangebotes aus Sicht der SP richtig.

# Nein zum Parkkarten-Dumping!

DIE AUTO-VERBÄNDE MÖCHTEN MIT IHRER INITIATIVE NICHT NUR DAS PARKIEREN IN DER BLAUEN ZONE STARK VERBILLIGEN, SONDERN AUCH EINE VOLLSTÄNDIGE DEREGULIERUNG BEI DEN BEZUGSRECHTEN FÜR DAUERPARKKARTEN. DIE FORDERUNGEN WIRKEN WIE AUS GRAUER VORZEIT. FÜR BASEL WÜRDIE DIES BEDEUTEN: MEHR AUTOVERKEHR, MEHR LUFTVERSCHMUTZUNG UND EIN GROSSER RÜCKSCHRITT IN DER VERKEHRSPOLITIK.



Wenn es um Autoparkplätze geht, zieht sich oft der typische «Parkplatz-Graben» durch die Basler Politik. Nicht so bei dieser Initiative: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) lehnte die Initiative mit 10:1 Stimmen ab, und auch der Grosse Rat empfiehlt die Initiative mit 70:20 Stimmen zur Ablehnung. Dies hat gute Gründe.



Daniel Säggerer  
Grossrat

## Widerspruch und Rückschritt

Die Initiative fordert «ausreichend Parkplätze für Autos und Motorräder» zu einem Spottpreis. Dies widerspricht jeder ökonomischen Logik. Im dicht besiedelten Basel kann das Angebot an Parkplätzen nicht einfach erhöht werden. Die ebenfalls geforderten massiv tieferen Preise für Parkkarten führten aber

zu einer Erhöhung des Drucks auf die vorhandenen Parkplätze.

Die Initiative will einen grossen Rückschritt in der Parkierungspolitik. Es besteht breiter Konsens, dass künftig Parkplätze von der Allmend zunehmend auf Privatgrund und unter den Boden verlagert werden sollen. Diese Initiative, die nun ausgerechnet das Parkieren auf Allmend fördern will, stünde im klaren Widerspruch dazu.

## Mehr Autopendler:innen – weniger Parkraum für Anwohnende

Gemäss Initiative soll die Bezugs-limite für Pendler:innen-Parkkarten wegfallen. Firmen dürften ihren Angestellten unbeschränkt Parkkarten verteilen. Die Folge wäre eine Zunahme bei den Autopendler:innen.

Für Anwohnende würde es somit noch schwieriger als heute, einen freien Parkplatz zu finden.

## Weniger Lebensraum, dafür mehr Verkehr

Der öffentliche Raum in unserem Stadtkanton ist rar. Obwohl rund zwei Drittel der Menschen in Basel kein eigenes Auto besitzen, soll er nun billig und exklusiv zum Parkieren von Autos verscherbelt werden. Dieser Platz fehlt dann der Allgemeinheit: für Bäume, für Spielplätze, für Cafés und Restaurants oder auch für Velo- und Fusswege. Im Kampf gegen die Klimakrise und für mehr Lebensqualität ist die Initiative buchstäblich Öl ins Feuer. Aus all diesen Gründen empfehle ich dringend die Ablehnung dieser Initiative!

## PAROLEN DER SP BASEL-STADT FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 26. SEPTEMBER

### Kantonal

Umgestaltung am Hörnli Initiative für tiefe Parkplatzzgebühren Ja  
Nein

### National

Initiative für eine gerechte Kapitalbesteuerung Ja  
Ehe für Alle Ja

## AGENDA SP BS

- Samstag, 4. September 2021, 9.45–15.30 Uhr  
Kantonaler Parteitag zum Frauenstimmrecht  
Wettsteinsaal, Claragraben 43, Basel
- Samstag, 4. September 2021, 16 Uhr  
Filmvorführung «Die göttliche Ordnung». Anschl. Podium und Apéro. Kult.kino Camera, Rebgsasse 1
- Freitag, 17. September 2021, 19.00 Uhr  
Podium Elternzeit (vgl. Box auf Seite 11)  
Markthalle Basel, Wohnzimmer
- Samstag, 25. September 2021, ab 18 Uhr  
Rot-Grünes Fest  
Aktienmühle, Gärtnerstrasse 46, Basel
- Mittwoch, 29. September 2021, 18 Uhr  
Neumitgliederanlass  
Volkshaus Basel, Unionsaal, 1. Stock
- Mittwoch, 29. September 2021, 20 Uhr  
Delegiertenversammlung  
Volkshaus Basel, Unionsaal, 1. Stock

Falls die Pandemiesituation einzelne oder mehrere Anlässe nicht mehr vor Ort zulässt, informieren wir auf elektronischem Weg (Mail und Webseite). Wir halten uns an allen Anlässen an die aktuellsten Vorgaben.

## ELTERNZEIT

Eine Veranstaltung der SP Frauen Basel-Stadt

**17. September 2021 um 19 Uhr  
in der Markthalle Basel (Wohnzimmer)**

Eine echte Elternzeit wird auch unter grundsätzlichen Befürworter:innen kontrovers diskutiert. Wie soll sie ausgestaltet sein? Unterschiedliche Modelle haben unterschiedliche Auswirkungen. Finden wir einen Weg, der landesweit politische Chancen hat?

Input zur Übersicht: Nina Hoch, Geschäftsleiterin EKFF

Danach moderiert Michela Seggiani (Grossrätin SP BS) eine Podiumsdiskussion mit Edibe Gölge (Grossrätin SP BS), Maya Graf (Ständerätin Grüne BL), Maurane Riesen (Grossrätin PSA BE), Yvonne Schärli (Präsidentin EKF) und Jean-Daniel Strub (Präsident maenner.ch).

Im Anschluss offeriert die SP Basel-Stadt einen Apéro zur Vernetzungsgelegenheit.

**Corona-Regelung:** Einlass nur mit 3G-Zertifikat (geimpft, genesen, getestet)

# Ja zu einem grünen Tor zum Hörnli

**UNSER FRIEDHOF VERDIEN T EINEN WÜRDIGEN ANKUNFTSBEREICH. DIE UMGESTALTUNG DES HÖRNLI-VORPLATZES WERTET DIE ANLAGE ÄSTHETISCH UND ÖKOLOGISCH AUF. EIN LANGJÄHRIGES LINKES RIEHENER ANLIEGEN WIRD DAMIT UMGESETZT.**

Der Friedhof Hörnli ist der grösste Friedhof der Schweiz. Eine monumentale Anlage aus den 1930er-Jahren. Diese Anlage verdient einen angemessenen Vorplatz, der zum gesamten Ensemble passt und alle Menschen ansprechend empfängt.

Der heutige Vorplatz ist in die Jahre gekommen. Er braucht neue Werkleitungen, Beleuchtung, sichere Querungen und moderne Bushaltestellen. Ein Anzug des ehemaligen Riehener SP-Grossrats Roland Engeler forderte mehr Platz für Grün und Langsamverkehr – jahrelang. Der Anzug wurde erst abgeschlossen, als das jetzige Projekt angekündigt wurde.

### Potenzial für Stadtgrün und Langsamverkehr nutzen

Das vorliegende Projekt für die Umgestaltung erfüllt vielseitige Ansprüche. Die Umwelt-, Verkehrs-



Jean-Luc Perret  
Grossrat



und Energiekommission des Grossen Rates hat die Vorlage einstimmig verabschiedet. Darin enthalten ist der Auftrag, das Potenzial des Friedhofsvorplatzes besser zu nutzen. Dank eines Zusatzkredits sollen Bäume den Platz ökologisch aufwerten. Gegen den Grossratsbeschluss haben bürgerliche Kreise, angeführt vom Riehener Gemeinderat und Gewerbetreibenden, das Referendum ergriffen.

Von der Umgestaltung profitieren in erster Linie die Fussgänger:innen. Sie erhalten mehr Platz und hindernisfreie, zweckmässige Zugänge zu den verschiedenen Buslinien. Im Vergleich zur heutigen Situation entsteht ein grosszügiger, schattiger Ort, an dem man sich in Ruhe treffen kann. Auch die Anwohnenden und die anliegenden Geschäfte vis-à-vis des Friedhofs können die erweiterte Fläche nutzen und beleben.

Das Umgestaltungsprojekt umfasst nicht nur den Friedhofsvorplatz. Auch am Busknotenpunkt Otto Wenk-Platz sind behinderten-

gerechte, gut verknüpfte Haltestellen geplant. Am Kohlistieg wird eine Baumreihe gepflanzt und im ganzen Gebiet sind Verbesserungen für die Velofahrenden vorgesehen. Dies alles könnte bei einem Nein nicht umgesetzt werden.

### Rund 300 Parkplätze bleiben

Auf dem Friedhofsgelände und unmittelbar daran angrenzend verbleiben nach der Umgestaltung fast 300 von heute 347 Parkplätzen. Auch auf dem Friedhofsvorplatz selbst gibt es in Zukunft noch über 40 Parkplätze. Die Sorge, man könnte in Zukunft beim Hörnli keinen Parkplatz mehr finden, ist also unbegründet.

Mit einer guten Signalisation der Parkplatzangebote auf und um den Friedhof lassen sich Besuchende von weiter her problemlos zu den freien Parkplätzen lenken. Für die zunehmende Zahl von Grossbegräbnissen braucht es kurzfristige Verkehrskonzepte. Beide Themen hat die SP bereits mit entsprechenden Vorstössen aufgenommen.

# Ein Klimaplan fürs Bas

Es braucht dringend einschneidende Klimaschutz-Massnahmen auf allen Ebenen. Die SP setzt sich schon lange dafür ein – auch im Baselbiet! Wir möchten mit dem «Klimaplan fürs Baselbiet» Handlungsfelder aufzeigen und diese mit konkreten Massnahmen versehen. Denn wir wollen es nicht hinnehmen, dass wir trotz wissenschaftlichen Erkenntnissen und sehr deutlichen Warnungen weiter auf die Katastrophe zusteuern. Die Schweiz hat sich bereits 2015 im Rahmen des Pariser Klimaabkommens dazu verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, um den maximalen Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Gemäss Wissenschaftler:innen und Aussagen des Weltklimarates kann diese Zielsetzung nach wie vor erreicht werden, auch wenn es mit den aktuellen Entwicklungen immer schwieriger wird. Wir fordern deshalb weiterhin, dass die Schweiz bis 2030 klimaneutral wird.

Auch auf kantonaler Ebene müssen wir dazu beitragen und Verantwortung übernehmen. Im Klimaplan haben wir ganz unterschiedlichen Krisen und Herausforderungen im Blickfeld. Ziel ist es, Ansätze sowie Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und diese mit konkreten Forderungen zu verknüpfen. Die Herausforderungen möchten wir vielschichtig betrachten und nebst ökologischen auch solidarische Lösungen finden, die im Kompetenzbereich des Kantons liegen. Die Handlungsfelder werden dabei jedoch nicht isoliert bearbeitet, sondern jeweils in den nationalen und den internationalen Kontext eingebettet. Um die ambitionierten Zielsetzungen zu erreichen, verfolgt die SP eine Strategie, welche die Innovation durch gezielte Anreiz- und Fördermassnahmen, aber auch durch Planungssicherheit fördert und parallel dazu durch gesetzliche Vorgaben die zwingend notwendige Verbindlichkeit einfordert.

Im «Klimaplan fürs Baselbiet» werden die folgenden Handlungsfelder definiert und mit konkreten Forderungen versehen:



Désirée Jaun, Landrätin,  
Mitglied Umweltschutz-  
und Energiekommission

**DIE VERGANGENEN WOCHEN UND MONATE HABEN UNS EINMAL MEHR AUF VOR UNSERER EIGENEN HAUSTÜRE BEMERKBAR MACHT. DIE HEFTIGEN UNW DIE HITZEWELLE WEITER SÜDLICH ZEIGEN UNS GANZ KONKRETE KONSEQUE WIE KÜRZLICH AUCH DER WELTKLIMARAT IN SEINEM AKTUELLEN BERICHT DER KLIMAKRISE IN ALLEN REGIONEN DER WELT SPÜRBAR UND DIE ERWÄRM**

## «Green New Deal»: Öffentliche Innovation und Investitionen

Der Kanton muss seine Investitionen an die Klimaziele knüpfen. Es braucht innovative Ansätze und klimafreundliche Investitionen wie beispielsweise einen Ausbau der nachhaltigen Mobilitätsinfrastruktur. Der Kanton soll gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen entsprechende Konzepte entwickeln und zukunftsgerichtete Lösungen angehen. Auch bei den eigenen Infrastrukturen soll er eine Vorbildrolle einnehmen und das umweltfreundliche Verkehrsnetz optimieren sowie priorisieren. Dabei sind die Bedürfnisse der ländlichen Gebiete sowie der Agglomeration zu berücksich-

tigen. Es braucht kurze Wege und neue Arbeitsmodelle, deren Bedarf an Mobilität mit einem flexiblen und klimaschonenden Mobilitätsangebot gedeckt werden kann.

Nebst eigenen innovativen Ansätzen soll der Kanton auch finanzielle Mittel zur Förderung technologischer Entwicklungen und offener Patente bereitstellen, was wiederum Arbeitsplätze vor Ort schafft, die Wirtschaft unterstützt und zudem über die Kantons- und Landesgrenze hinaus zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen kann.

Für einen «Green New Deal» in unserem Sinne müssen auch soziale Aspekte berücksichtigt werden. Dazu gehört ein umfassendes Pro-

# elbiet



ZEIGT, WIE SICH DIE KLIMAKRISE AUCH  
WETTER IN DER SCHWEIZ UND ANDERSWO ODER  
NENZEN AUF. UND DIES WAR ERST DER ANFANG!  
DARLEGTE, SIND DIE WACHSENDEN AUSMASSE  
MUNG BESCHLEUNIGT SICH.

gramm zur Arbeitsplatzgarantie, um den Strukturwandel abfedern zu können. Die entsprechenden Stellen könnten wiederum im Bereich von ökologischen Projekten geschaffen werden.

### **Finanzplatzverantwortung: Ökologische Investitionskredite statt dreckiger Anlagen**

Der Finanzplatz ist ein wirkungsmächtiger Hebel. Damit Investitionen nachhaltig und klimafreundlich getätigt werden, muss der Kanton auch hier Verantwortung übernehmen und kann bei der BLKB, die über eine faktische Staatsgarantie verfügt, Einfluss nehmen, damit diese ihre Verantwortung wahrnimmt und klimafreundlich investiert. Ausserdem kann er dafür sorgen, dass die BLKB zu einer Klimabank wird, die Kredite für bauliche Massnahmen zur Erreichung

der Klimaziele zur Verfügung stellt. Mit der Schaffung eines Klimafonds sollen weitere Gelder für einen nachhaltigen Umbau der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

### **Gebäudepark: CO<sub>2</sub>-Reduktion durch gezielte Anreize, Verbote und verbindliche Umsetzungsfristen**

Einen grossen Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kanton verursacht der Energieverbrauch der Gebäude. Dazu zählen sowohl das Heizen und Kühlen als auch das Bauen. Eine gezielte und möglichst rasche Reduktion kann durch Vorgaben im Energiegesetz, z. B. im Bereich der erneuerbaren Energie bzw. durch Verbote von fossilen Energieträgern sowie durch Fördermassnahmen erreicht werden. Mit dem «Baselbieter Energiepaket» ist ein entsprechendes Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energie im Gebäudebereich vorhanden, das zwingend fortgeführt sowie ausgebaut werden muss. Des Weiteren müssen die vorhandenen Gebäude energieeffizient erneuert werden, wobei jedoch die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Abrisses und Neubaus eines Gebäudes mit jener des Erhalts sowie auch mit baukulturellen Aspekten abzuwägen ist. Zudem wird eine griffige Recycling-Strategie benötigt, um den Baustoffkreislauf zu fördern und diesen rechtlich einzufordern.

### **Mobilität: Kostenloses U-Abo und Velooffensive**

Ein weiterer grosser Treiber der Treibhausgasemissionen ist die Mobilität, die rund ein Drittel der Gesamtemissionen ausmacht. Obwohl diesbezüglich einige Handlungskompetenz beim Bund liegt, muss auch der Kanton Basel-Landschaft seinen Spielraum ausnutzen. Das kantonale Energiegesetz schliesst die Mobilität explizit vom Betrachtungsperimeter aus. Dies muss dringend geändert werden. Im Statusbericht Klima, der vom Kanton herausgegeben wurde, wird aufgezeigt, dass die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor mit politischen Massnahmen im Sinne des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden könnte. Diese Möglichkeit muss deshalb mittels Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie Ausbau und Vernetzung der Infrastruktur für den Velo- und Fussgänger:innenverkehr dringend umgesetzt werden.

### **Raumplanung: Klimaschutz durch vorausschauende Planung**

Auch in der Raumplanung liegt ein grosses Potenzial für den Klimaschutz. Mit einer vorausschauenden und nachhaltigen Planung

können die baulichen Entwicklungen entsprechend gesteuert werden. Ziel ist es, eine qualitative innere Verdichtung anzustreben, auf die insbesondere die umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur abgestimmt ist. Entsprechende Vorgaben im Planungs- und Bewilligungsverfahren sind deshalb notwendig.

### **Gesetzliche Verankerung: Klimaziele im Gesetz festhalten**

Fazit: Zur Umsetzung der aufgezeigten Handlungsfelder sind Anpassungen sowie die Schaffung verschiedener gesetzlicher Vorgaben notwendig. Als Grundlage müssen zumindest die Klimaziele des Pariser Abkommens im kantonalen Gesetz verankert werden. Die Klimainitiative fordert diese Verbindlichkeit als ersten Schritt ein. Doch auch beim Energiegesetz muss dringend nachgebessert werden. So müssen Vorgaben im Gebäudebereich gemacht und die Mobilität einbezogen werden. Das bestehende Raumplanungs- und Baugesetz muss ebenfalls revidiert werden, um eine klimangepasste Entwicklung im bereits bebauten Raum zu fordern und zu fördern.

## KLIMAPLAN FÜRS BASELBIET

Weitere Ausführungen sowie die konkreten Forderungen zu den einzelnen Handlungsfeldern können im Klimaplan nachgelesen werden. Im Rahmen der Vernehmlassung können alle Sektionen, Gruppierungen sowie einzelne Mitglieder der SP Baselland ihre Inputs zum Positionspapier einbringen, damit der «Klimaplan fürs Baselbiet» breit abgestützt ist. Anträge sind bis spätestens am 10. September einzureichen.

An der Delegiertenversammlung vom 23. September 2021 wird der Klimaplan diskutiert und verabschiedet. Der ganze Klimaplan sowie ein Link, um Anträge einzureichen, wurden im August-Newsletter an alle Mitglieder verschickt. Falls jemand den Newsletter bereits gelöscht hat, so kann sie oder er sich beim Sekretariat melden ([info@sp-bl.ch](mailto:info@sp-bl.ch)), um den Klimaplan und den Link nochmals anzufordern.



Links das neue Präsidium mit Clara Bonk, Elena Kasper und Joel Jansen, rechts das abtretende mit Anna Holm und Noam Schaulin.

**AM FREITAG, DEM 20. AUGUST, HAT DIE JUSO BASELSTADT EIN NEUES PRÄSIDIUM GEWÄHLT. EIN GUTER ANLASS FÜR EIN INTERVIEW MIT DEM ABTRETENDEN UND DEM NEUEN PRÄSIDIUM. DAS INTERVIEW WURDE SCHRIFTLICH GEFÜHRT. ANTWORTEN KONNTEN ALS PRÄSIDIUM ODER INDIVIDUELL GEGEBEN WERDEN.**

**Altes Präsidium: Anna Holm (Präsidentin) und Noam Schaulin (Vizepräsident)**

**Anna, nach mehr als zwei Jahren gibst du das Präsidium der JUSO BL ab. Erinnerst du dich noch, wie es war, als ihr das Präsidium übernommen habt? Hattest du bestimmte Erwartungen an dein Amt?**

*Anna:* Als eine der stärksten Sektionen schweizweit und aktivste Jungpartei im Kanton muss man vielen Anspruchsgruppen genügen, den eigenen Mitgliedern, der SP, der JUSO Schweiz, der Öffentlichkeit, dem Vorstand, den Amtsträger:innen. Und nicht zuletzt sich selbst. Ich wollte dem Amt in jeder Hinsicht gerecht werden und merkte schnell, alleine ist das unmöglich. Das braucht ein eingespieltes Team.

**Hattet ihr konkrete Ideen, was ihr während eurer Zeit als Präsidium der JUSO erreichen wollt? Falls ja, konntet ihr diese Ideen umsetzen?**

*Noam:* Für uns war klar, wir wollen ein eigenes Projekt auf die Beine stellen. Basisdemokratisch haben wir die Initiative «ÖV für alle» erarbeitet und konnten sie nach einer kurzen Sammelphase mit mehr als 2100 Unterschriften einreichen. Das hat uns unglaublich gefreut!

**Tops und Flops: Was war der grösste Erfolg, was der grösste Patzer, an die ihr euch erinnern könnt?**

*Anna:* Mit der Aktion zum Denkmal von Sklaverei-Verbrecher Sutter haben wir in der ganzen Schweiz und sogar darüber hinaus Aufsehen erregt und konnten die Verherrlichung der Kolonialverbrechen angreifen. Medial war das ein riesiger Erfolg.

*Noam:* Wenn ich allerdings daran zurückdenke, wie schlecht wir bei der Nomination für die Ständeratswahlen kommuniziert haben, muss ich mir an den Kopf fassen. Das war kein einfacher Start in unsere Amtszeit. Wir haben viel daraus gelernt.

**Gibt es eine Aktion der JUSO, die dir besonders in Erinnerung bleiben wird?**

*Anna:* In der Nacht auf den 14. Juni 2019 habe ich mit dem Fahrrad ein riesiges Transparent nach Rümlingen transportiert. Mit weiteren Genoss:innen sind wir im Dunkeln auf das Eisenbahnviadukt geklettert und haben dort das feministische Streiksymbolum befestigt. Übermüdet, voller Adrenalin und mit dem breitesten Lachen im Gesicht sind wir mit den ersten Sonnenstrahlen wieder ins Tal geradelt. Das werde ich nie vergessen.

**Das JUSO-Präsidium ist eine zeitintensive Aufgabe. Wisst ihr schon, was ihr nun mit der zusätzlichen freien Zeit machen werdet?**

*Anna:* Ich freue mich, nach einer Verschnaufpause wieder neu herauszufinden, wo und wie ich aktivistisch sein will. Das Politische wird mich nie loslassen.

*Noam:* Mich persönlich würde ein weiteres Engagement bei der JUSO Schweiz sehr reizen. Die nationale Ebene fand ich schon immer spannend.

**Was könnte die SP BL von der JUSO BL lernen?**

*Noam:* Mutig sein.

*Anna:* Radikale Utopien aufzeigen.

*Noam:* Ideologie und Realpolitik immer verknüpfen.

*Anna:* Wütend und voller Hoffnung bleiben.

**Neues Präsidium: Elena Kasper, Joel Jansen (Co-Präsidium) und Clara Bonk (Vizepräsidentin)**

**Herzliche Gratulation zu eurer Wahl! Wieso habt ihr euch für eine Kandidatur entschieden?**

Die JUSO Baselland ist für uns ein Ort, an dem wir immer wieder Neues lernen, uns weiter politisieren und der uns als junge Menschen persönlich bestärkt. Das ist enorm wertvoll! Wir wollen diese Erfahrungen auch weiteren jungen Menschen ermöglichen, die bereits spüren, wie viel Unrecht auf dieser Welt passiert, und dabei nicht länger nur zuschauen können.

**Wie wurdet ihr politisiert?**

In einem Kanton aufzuwachsen, wo eine rechtsbürgerliche Regierungsmehrheit

herrscht und man regelmässig mit unverständlichen Abstimmungsresultaten konfrontiert wird, hat bei uns allen schon früh das Gefühl geweckt, irgendetwas dagegen tun zu müssen. So richtig spüren lassen, wie bestärkend sich gemeinsamer Aktivismus anfühlt, haben uns anfangs vor allem grosse Proteste und Bewegungen auf der Strasse.

### Wann und wieso seid ihr der JUSO beigetreten?

Natürlich waren das bei uns dreien unterschiedliche konkrete Prozesse. Was wir wohl alle gemeinsam haben, ist, dass wir schon vor unserem JUSO-Beitritt alle drei den Willen verspürten, etwas zu bewegen und zu ändern. Aus diesem Drang heraus und auch aus Neugier sind wir dann früher oder später alle der JUSO beigetreten. Erst durch die JUSO haben wir dann ganz konkrete Möglichkeiten gesehen, uns aktiv gegen Leid und Ungerechtigkeiten einzusetzen.

### Was sind eure thematischen Schwerpunkte?

In wenigen Stichworten: Queer-Feminismus, Verteilungsgerechtigkeit, Klima, Demokratisierung aller Lebensbereiche.

### Habt ihr euch etwas Konkretes vorgenommen, das ihr als Präsidium umsetzen wollt?

Nach der ÖV-Initiative und der 99%-Kampagne braucht die JUSO Baselland natürlich ein neues Projekt, mit dem wir weitere linke Forderungen laut nach aussen tragen. Was die Parteibasis betrifft, wollen wir aktiv auf Gruppen oder «Bubbles» zugehen, welche in der JUSO trotz gemeinsamen Interessen noch nicht genug stark vertreten sind. Zusätzlich wollen wir die thematischen Bereiche Sicherheitspolitik, Polizei- und Armeekritik mehr auf das Parkett der JUSO Baselland bringen.

### Wo seht ihr die grössten Herausforderungen für die JUSO BL?

Die grösste kurzfristige Herausforderung wird die Abstimmung um die 99%-Initiative. Aufgrund des gewohnten schwierigen Stands von JUSO-Initiativen ist es umso wichtiger, dass wir klar machen: Diese Initiative ist bitter nötig und stärkt 99% der Schweizer Bevölkerung massiv den Rücken. Wir sehen es als unsere Aufgabe, dies den Baselbieter:innen zusammen mit der aktiven und lauten JUSO-Basis bewusst zu machen – trotz millionenschwerer Gegenkampagnen.

# Niederschwelligkeit als Erfolgsfaktor



Kathrin Schweizer,  
Regierungsrätin SP BL

Die Corona-Pandemie hat es gezeigt: Je niederschwelliger ein Angebot, desto eher wird es von der Bevölkerung genutzt. Im Baselbiet haben wir darum auf anmeldefreies Testen bei Corona-Verdacht, unkompliziertes breites Testen in Betrieben und Schulen, eine telefonische Hotline und schnelle Auskünfte per Mail gesetzt. Und auch das Impfen wird immer unkomplizierter – heute ist es auch bei Hausärzt:innen sowie in Apotheken und teilweise ohne Anmeldung in den Impfzentren möglich. Die Bevölkerung hat diese Angebote mehrheitlich sehr gut genutzt, auch wenn ich mir durchaus noch mehr Impfwilige wünschen würde.

Niederschwellige Angebote für die ausländische Bevölkerung (ohne Asylbereich) werden im Bereich der Integration zusammengefasst («Kantonales Integrationsprogramm KIP 2bis»). Es handelt sich um ein

Bündel von 27 Massnahmen und Projekten, die der Kanton zusammen mit den Gemeinden geschnürt hat. Alle diese Angebote sind freiwillig und schliessen Lücken, die in den Regelstrukturen bestehen. Zu diesen Angeboten gehören Deutschkurse mit Kinderbetreuung, frühkindliche Förderung, die Weiterentwicklung der Willkommensbroschüre oder auch Beratungen. Spezielle Deutschkurse für Migrantinnen, die Anlaufstelle Stopp Rassismus, das interkulturelle Dolmetschen etc. werden ebenfalls unterstützt. Wenn der Kanton das Integrationsprogramm bewilligt, dann übernimmt der Bund die Hälfte der finanziellen Leistungen.

Gegen das KIP 2bis hat die SVP das Referendum ergriffen, wir werden im November darüber abstimmen. Bei einem Nein zur Vorlage könnten in den nächsten zwei Jahren die meisten Projekte nicht umgesetzt werden. Es würde ein schmerzhafter Verzicht bei den bereits etablierten Integrationsprojekten resultieren, und die neuen und verbesserten Angebote würden entfallen. Leidtragende wären vor allem die engagierten Ausländerinnen und Ausländer, die eine hohe Motivation haben, sich zu integrieren.

Eine erfolgreiche Integration ermöglicht gleiche Chancen für alle. Dafür braucht es genügend niederschwellige Angebote.

Film und Podiumsgespräch am Samstag 4. September 2021, 16 Uhr

## 50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT IN DER SCHWEIZ!

Im Rahmen dieses Jubiläums zeigen wir gemeinsam mit der SP Basel-Stadt den Film «Die göttliche Ordnung» im Kultkino Basel (Camera). Anschliessend findet ein Podiumsgespräch mit Jessica Brandenburger (Co-Präsidentin SP BS) und Miriam Locher (Präsidentin SP BL) statt. Anmeldung via Website der SP Baselland möglich.

**Corona-Regelung:** Einlass nur mit 3G-Zertifikat (geimpft, genesen, getestet)

### AGENDA SP BL

- **Samstag, 4. September 2021, 10 Uhr**  
Sammeltag Stempelsteuer-Referendum Liestal
- **Samstag, 4. September 2021, 16 Uhr**  
Filmveranstaltung «Die göttliche Ordnung»
- **Donnerstag, 23. September 2021, 19.30 Uhr**  
Delegiertenversammlung
- **Sonntag, 26. September 2021**  
Abstimmungssonntag
- **Dienstag, 5. Oktober, 19.30 Uhr**  
Sessionsbericht

AUS DEM LANDRAT

# Bilanz zum Klimawandel

**DIE ERREICHUNG DER MINIMALEN KLIMAZIELE DES PARISER ABKOMMENS UND EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DES BASELBIETS SIND SCHLÜSSELTHEMEN DER SP-FRAKTION IN DIESER LEGISLATUR. DIE ERSTE HALBZEIT DER LEGISLATUR IST BEREITS VORBEI – EINE GUTE GELEGENHEIT FÜR EINE ERSTE BILANZ UND EINEN AUSBLICK.**

Zusammen mit den Fraktionen der Grünen/EVP und CVP/GLP konnten wir das Baselbieter Energiepaket aufstocken. Im Vergleich zur Regierungsvorlage hat der Landrat eine Ausweitung der Unterstützungsmassnahmen und eine Aufstockung des Kredits für die kommenden Jahre beschlossen.

Vor der Sommerpause gab es dann noch einen weiteren Erfolg zu feiern. Die Motion von Désirée Jaun zur Einführung des Job-Tickets für Angestellte der kantonalen Verwaltung wurde angenommen. Ebenso wie davor schon das Postulat von Ursula Wyss für die Ausarbeitung einer Vollzugshilfe für die Gemeinden im

Umgang mit dem Klimawandel und meine Vorstösse zu Hitzeinseln im Siedlungsgebiet und zu Veloschnellrouten in den Frenkentalern überwiesen wurden. Dasselbe gilt auch für ein weiteres Postulat von Ursula Wyss, mit dem der Kanton beauftragt wurde, eine Strategie zur Förderung von Solarenergie auszuarbeiten.

Mit diversen anderen Vorstössen waren wir im bürgerlichen Parlament weniger erfolgreich. Unsere Vorstösse zu «Netto Null 2030» und für die Einsetzung eines Klimadelegierten sowie weitere Velo-Vorstösse wurden allesamt abgelehnt.

Nichtsdestotrotz haben wir weitere Vorstösse vorbereitet. Da sind



Thomas Noack, Landrat und Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission

ein Vorstoss von Ursula Wyss zum nachhaltigen Bauen und zur Kreislaufwirtschaft, eine Interpellation von Jan Kirchmayr zum Einsatz von hellen Strassenbelägen oder auch mein Vorstoss zur besseren Förderung von thermischen Solaranlagen im Zusammenhang mit der Regeneration von Erdsondenheizungen. Zudem möchten wir in Zukunft Hauseigentümer zum Bau von Solaranlagen auf dem Dach ihres Hauses verpflichten. Alle diese Vorstösse sind kleine, aber wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Mit dem Klimaplan richten wir unsere Bemühungen neu aus. Damit bereiten wir uns schon heute auf den Wahlkampf für die nächste Legislatur vor. Für einen echten Fortschritt braucht es im immer noch bürgerlichen Parlament nun endlich andere Mehrheiten.

AUS DEM GROSSEN RAT

# Kontroverse zum Bettelverbot

**TROTZ GROSSER BEDENKEN ZUR KONFORMITÄT MIT DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION (EMRK) HAT DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT IM GROSSEN RAT EIN UMFASSENDES BETTELVERBOT BESCHLOSSEN. UNSER GEGENVORSCHLAG WURDE ABGELEHNT. DAMIT ENDET EINE ANHALTENDE DEBATTE, DIE MEHRFACH GRENZEN DER MENSCHENWÜRDE ÜBERSCHRITT. AUCH PARTEIINTERN FÜHRTE DAS THEMA ZU KONTROVERSEN.**

2017 hielt der Parteivorstand in seiner Stellungnahme zum Übertretungsstrafgesetz fest: «Die SP Basel-Stadt setzt sich dezidiert für die Streichung des Bettelverbotes ein. [...] Es ist kriminalpolitisch vollkommen verfehlt oder gar absurd (jedenfalls aber unter keinen Umständen legitim), Bettlerinnen und Bettler wegen ihrer Tätigkeit zu bestrafen.» Diese Haltung hat die Fraktion hartnäckig vertreten und eine knappe Mehrheit im Grossen Rat davon überzeugen können, dass nur noch mit Busse bestraft wird, wer andere Personen zum Betteln schickt oder als Mitglied einer Bande bettelt.

## Zunahme von Bettelnden sorgt für Aufruhr

Im Sommer 2020 trat das Gesetz in Kraft. Fast gleichzeitig nahm die Präsenz von Bettlerinnen und Bettlern zu. Dies löste eine emotionale Debatte aus, auch parteiintern. Sichtbare Armut kann sozialdemokratische Errungenschaften der Armutslinderung in Frage stellen und in der Folge ein verklärtes Bild über Armut im öffentlichen Raum provozieren. Umkehrargumente wie z. B. jenes, dass ein Verbot dem Selbstschutz der Bettler:innen diene, liessen eine europäische Perspektive vermissen.



Thomas Gander, Fraktionspräsident

## Stringente linke Politik

Die SP-Fraktion hat sich in der aufgeheizten Debatte ruhig verhalten, was auch zu Kritik führte. Unser Ziel war es, den Diskurs zu versachlichen und differenziert Stellung zu beziehen. Heute wissen wir: Die Zunahme war u. a. bedingt durch die humanere Haltung des Kantons, aber noch viel mehr durch die coronabedingte Arbeitslosigkeit (geschlossene Baustellen und Gastrobetriebe, weniger Gelegenheitsjobs, beschränkte Reisefreiheit, unterschiedliche nationale Massnahmen). Die SP-Fraktion blieb bei ihrer Überzeugung, Betteln solle nicht kriminalisiert werden. Offen zeigten wir uns gegenüber regulatorischen und begleitenden Massnahmen. Rückblickend dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, hartnäckig eine glaubwürdige und stringente linke Politik verfolgt zu haben.